

Tatsachen versus Legenden

Martina Marx zur aktuellen Lage in unserer Stadt und Stadtverordnetenversammlung

Manche Themen der Stadtpolitik sind Dauerbrenner. Erzählungen entstehen deshalb über Jahre oder Jahrzehnte und es verfestigen sich z.T. Legenden, die zwar real klingen, aber mit der Realität nichts zu tun haben. In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 30. April hat Martina Marx (Co-Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen) deshalb eine persönliche Erklärung zu drei Themen abgegeben, bei denen Erzählung und Realität aus ihrer Sicht besonders weit auseinander liegen.

Thema 1: Das Industriegebiet südlich von Götting

Seit Jahren kämpft die Göttinger Bürgerinitiative "Naturnahe Orts- und Stadtteile e.V." für den Erhalt des dörflichen Charakters des Ortsteils. Seit 2020 versucht Oberbürgermeister Scheller einen sogenannten „Großindustriellen Vorsorgestandort“ GIV zu etablieren, gegen den Willen der Einwohnerinnen und Einwohner von Götting — dokumentiert zuletzt durch eine Petition mit mehr als 2000 Unterschriften — und obwohl es in Brandenburg/Havel genügend ungenutzte Industrie- und Gewerbeflächen gibt, für die die Stadtspitze seit Jahren keinen Plan hat.

In ihrer persönlichen Erklärung in der SVV stellte Martina Marx deshalb klar:

Im Jahr 2020 hat die regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming im Rahmen einer frühzeitigen Beteiligung der Kommunen auch unsere Stadt um Stellungnahme zu dem möglichen Standort eines GIV in dem Bereich an der Autobahn südlich von Götting gebeten. Mit Schreiben vom 03.02.2021 hat unser Oberbürgermeister gegenüber der Planungsgemeinschaft dem geplanten Standort zugestimmt und außerordentlich begrüßt.

Stadtverordnete und betroffene Bürgerinnen und Bürger wurden weder informiert noch an der Entscheidung beteiligt. In anderen Kommunen haben der Oberbürgermeister oder Landrat einen Beschluss des zuständigen Parlamentes herbeigeführt, bei uns nicht.

Mit der Zustimmung von Herrn Scheller hat die Planungsgemeinschaft ihre Arbeit weitergeführt und letztlich im Herbst 2021 in der Regionalversammlung den Entwurf beschlossen.

Die darauf folgende öffentliche Auslegung im Frühjahr 2022 hat den Entwurf auch in unserer Stadt bekannt gemacht, die Lokalredaktion der MAZ berichtete. Wahrscheinlich hat die Mehrzahl der Stadtverordneten erstmals zu diesem Zeitpunkt von dem Vorhaben gehört und somit aus der Presse davon erfahren, mehr als ein Jahr nach der offiziellen Zustimmung der Kommune. Diese Zustimmung kann Herr Scheller aber nicht alleine geben, er ist nicht "die Stadt Brandenburg an der Havel". Eine Beteiligung des Parlaments wäre genauso notwendig gewesen wie die Information der betroffenen Bürgerinnen und Bürger. Statt dessen werden alle öffentlich diffamiert, die eine kritische Haltung zu dieser Vorgehensweise haben.

Thema 2: Die Blühwiesen in Brandenburg

Die SVV hat im September 2023 auf Antrag von CDU und Freie Wähler mehrheitlich beschlossen: „...dass die öffentlichen Grünflächen wieder einer intensiveren Pflege durch regelmäßige Rasenmäh unterzogen werden und die sechs beauftragten Pflegegänge realisiert werden.“ Das solch ein Vorgehen zur Zerstörung der öffentlichen Grünflächen führt, ist heutzutage eigentlich jedem klar.

Unser Änderungsantrag: "Die Mahden sollen künftig entspr. den Witterungs- und Wachstumsbedingungen erfolgen und nicht nach einem starren Turnus" wurde trotzdem mehrheitlich abgelehnt.

Nun liest man in der jüngsten Stellungnahme der Verwaltung an einen Petenten, dass die Verwaltung aber genauso verfährt wie in unserem abgelehnten Änderungsantrag und der OB verkauft dies in einer weiteren Legende als Mehrheitsbeschluss der SVV, entgegen der Faktenlage, die Natur freut es trotzdem!

Thema 3: Der Packhof — ein zentrales Gelände unserer Stadt

Eine weitere Märchenerzählungen ist, dass Bündnisgrüne oder SPD verhindert hätten, dass am Packhof ein großes Hotel entstehen konnte.

Dazu stellt Martina Marx in ihrer persönlichen Erklärung richtig:

„Aus den Reihen der CDU und Freien Wähler wird gerne vergessen, dass es auch zu diesem Projekt einen Mehrheitsbeschluss der SVV zur Umsetzung des Hotels gab und sie selber vehement eine Bürgerbefragung gefordert und durchgesetzt haben, die in die Hose ging: Das Projekt wurde von der Bürgerschaft mit deutlichem Ergebnis abgelehnt!“

Akzeptiert wurde dieses Ergebnis von einigen aus den genannten Fraktionen augenscheinlich bis heute nicht. Lieber diffamiert man engagierte Bürgerinnen und Bürger, die sich in Initiativen zusammenschließen und sich in die Kommunalpolitik einbringen.

„Zusammenfassend,“ so Martina Marx, „möchte ich sagen, dass nichts gegen eine sachliche und auch kontroverse Debatte über unterschiedliche Ideen für die Zukunft unserer Stadt spricht. Aber als langjährige Stadtverordnete und als Bürgerin dieser Stadt wollte ich mit meiner persönlichen Erklärung deutlich machen, wo für mich die Faktenlage endet und wo persönliche Angriffe, basierend auf verdrehten Erzählungen, Grenzen überschreiten, die ich nicht akzeptieren möchte. Unserer Stadtpolitik täte es gut, wenn wir wieder auf den Boden der Tatsachen und zu ordentlichen Debatten zurückkommen.“



Martina Marx
Co-Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen
Stadtverordnetenversammlung Brandenburg an der Havel